

Anfrage Dober Karin und Mit. über die Entwicklung der Aufsichtsbeschwerden und deren Auswirkungen auf die Verwaltung

eröffnet am 14. September 2026

Aufsichtsbeschwerden und aufsichtsrechtliche Anzeigen sind wichtige Instrumente zur Kontrolle staatlichen Handelns. Sie ermöglichen es, mögliche Missstände oder Fehlentwicklungen überprüfen zu lassen, und leisten damit einen wichtigen Beitrag zu einer rechtsstaatlich und korrekt handelnden Verwaltung.

Die gesellschaftlichen und technologischen Rahmenbedingungen haben sich in den vergangenen Jahren verändert. Insbesondere mit der zunehmenden Verbreitung von generativer künstlicher Intelligenz (KI) stehen heute neue Möglichkeiten zur Verfügung, um Eingaben, Beschwerden und umfangreiche Ausführungen mit vergleichsweise geringem Aufwand zu erstellen. Es stellt sich deshalb die Frage, ob sich diese Entwicklung auch auf die Anzahl, den Umfang oder die Komplexität von Aufsichtsbeschwerden und aufsichtsrechtlichen Anzeigen auswirkt.

Die Bearbeitung solcher Eingaben kann für die zuständigen Stellen mit erheblichem personellem und zeitlichem Aufwand verbunden sein. Je nach Umfang und Komplexität sind Abklärungen, Stellungnahmen und weitere Verfahrensschritte erforderlich, welche entsprechende Ressourcen binden. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie sich die Anzahl dieser Eingaben entwickelt hat, welche personellen und finanziellen Ressourcen dafür eingesetzt werden, und ob dadurch die Bearbeitung anderer Geschäfte und Aufgaben beeinflusst wird.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie hat sich die Anzahl der eingegangenen Aufsichtsbeschwerden und aufsichtsrechtlichen Anzeigen seit 2023 entwickelt? Ist eine Zunahme festzustellen? Sind bestimmte Departemente besonders von einer Zunahme betroffen?
2. Wie viele personelle Ressourcen bzw. Vollzeitäquivalente (FTE) wurden seit 2023 pro Jahr in den einzelnen Departementen für die Bearbeitung von Aufsichtsbeschwerden und aufsichtsrechtlichen Anzeigen eingesetzt? Wie hat sich der finanzielle Aufwand in diesem Zeitraum entwickelt?
3. Welche Auswirkungen auf die Bearbeitung anderer Geschäfte und Aufgaben der zuständigen Stellen hat die Bearbeitung von Aufsichtsbeschwerden und aufsichtsrechtlichen Anzeigen?
4. Wie viele der seit 2023 eingegangenen Aufsichtsbeschwerden und aufsichtsrechtlichen Anzeigen führten zu aufsichtsrechtlichen Massnahmen bzw. wurden ganz oder teilweise gutgeheissen?

5. Verfügt der Regierungsrat über Erkenntnisse, dass die bestehenden Aufsichtsinstrumente vereinzelt in einer Weise genutzt werden, die primär zu einer administrativen Mehrbelastung der zuständigen Stellen führt? Falls ja, wie wird mit solchen Fällen umgegangen, und besteht diesbezüglich Handlungsbedarf?
6. Erwartet der Regierungsrat eine Zunahme von Aufsichtsbeschwerden und aufsichtsrechtlichen Anzeigen in den kommenden Jahren? Sieht er Handlungsbedarf bei den Ressourcen, den Verfahren oder den gesetzlichen Grundlagen?

Dober Karin

Küttel Beatrix, Affentranger David, Galliker Christian, Albrecht Michèle, Schnider Hella, Käch Tobias, Piani Carlo, Schnider-Schnider Gabriela, Broch Roland, Brunner Rosmarie, Frey-Ruckli Melissa, Nussbaum Adrian, Affentranger-Aregger Helen, Stadelmann Karin Andrea, Bucheli Hanspeter, Koller-Felder Nadine, Kiser Tim, Oehen Thomas, Jost-Schmidiger Manuela, Holdener Carmen, Bühler-Häfliger Sarah